

Es gilt das gesprochene Wort!
Dr. Christine Bergmann

30-Jahr-Feier

der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen e.V.
22.Juni 2022, 18.00 – 21:00, Abgeordnetenhaus Berlin

Anrede,

Vielen Dank für die Einladung. Es ist mir eine große Ehre und eine besondere Freude hier in dieser vertrauten Runde sprechen zu dürfen und das 30-jährige Jubiläum der ÜPFI zu feiern.

Ich freue mich einige der Mitstreiterinnen zu treffen, die über die Jahrzehnte die ÜPFI geprägt haben ich nenne natürlich besonders Carola von Braun, Seele und Motor der ÜPFI. Und ich nenne Elke Herer und Carola Wietusch stellvertretend für alle, die so lange schon dabei sind.

Einen langen Atem braucht frau bei dem Kampf um gerechte Teilhabe in allen Bereichen der Gesellschaft. Den haben die ÜPFI-Frauen bewiesen, das zeigt der Blick auf alle Aktivitäten der 30 Jahre. Sie haben nicht nachgelassen, haben sich Verbündete gesucht, sich eingemischt in das politische Geschehen durch Stellungnahmen zu brennenden Themen, Diskussionsveranstaltungen, Tagungen, Durchführung von Projekten, Gespräche mit den politisch Verantwortlichen – die Liste ist lang.

Den Anstoß haben Frauen aus dem Parlament, Frauen aller Fraktionen, gegeben. Carola v. Braun, die 1. Frauenbeauftragte in Berlin, war die Initiatorin.

Die Idee fiel auf fruchtbaren Boden, denn schlichtweg alle Frauen hatten in ihren Fraktionen zermürbende Diskussionen hinter sich, wenn es um Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit ging. Der Abbau von ökonomischen und politischen Diskriminierungen, die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, alles brennende Fragen - das war eine starke Motivation, sich zusammen zu schließen, denn zu tun gab es wahrlich reichlich.

Daraus entstanden ist ein breites Bündnis über Parteien und Fraktionen hinweg, ein Bündnis aus Parlamentarierinnen, Frauen aus Gewerkschaften, der Wissenschaft, der Verwaltung, den Medien und Frauenprojekten, Frauen aus Ost und West und allen Generationen..

„ Wir, Frauen im Parlament, erklären gemeinsam, überparteilich, zielorientiert und fest entschlossen, den Rechten der Frauen in Berlin Geltung zu verschaffen. Wir werden uns gemeinsam dafür stark machen! Was auch immer uns sonst politisch unterscheidet.“ So hieß es in der Auftaktpressekonferenz.

Eine solche überparteiliche Fraueninitiative war und ist einmalig in der Bundesrepublik. Wir dürfen getrost stolz sein. Es war anfangs nicht immer einfach für die Frauen, in ihren Fraktionen, die Akzeptanz zu finden. Ich denke, die ÜPFI hat sich mittlerweile Anerkennung und Respekt verschafft und ist eine feste Instanz geworden, wenn es um frauenpolitische Fragen geht. Wir haben es soeben vom Präsidenten des Abgeordnetenhauses bestätigt bekommen.

Es gab genug Probleme im zusammenwachsenden Berlin (auch Deutschland). Frauen aus Ost und West kamen mit unterschiedlichen Sozialisationen und Erfahrungen zusammen, mit sehr unterschiedlichen Frauen- und Familienbildern. Kaum in einem anderen Bereich lagen die Erfahrungen bei der Wiedervereinigung so weit auseinander.

Die Situation 1992 habe ich noch sehr deutlich vor Augen als damalige Arbeits- und Frauensensorin.

Mit der Einheit kam im Osten ein riesiger Transformationsprozess auf uns zu, der sehr zu Lasten der Frauen ging. Ich erinnere an die Abwicklung von ganzen Bereichen wie der Akademie der Wissenschaften in Adlershof, den Wegfall von Verwaltungsstrukturen und auch dem Wegfall der Mehrzahl der Industriearbeitsplätze im Ostteil der Stadt.

Frauen, die in der DDR zu 90% erwerbstätig waren – vollzeiterwerbstätig! – waren ganz erheblich von Arbeitslosigkeit betroffen. Der Arbeitsplatz war weg und dazu mussten sie sich noch sagen lassen, dass die hohe Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland auch das Ergebnis der hohen „Erwerbsneigung“ der Frauen im Osten sei so der O-Ton vom sächsischen Ministerpräsidenten Biedenkopf. Es war nicht vorstellbar für die meisten Frauen, ihre ökonomische Unabhängigkeit zu verlieren. Sie haben gekämpft, sich qualifiziert, umschulen lassen und viele haben auch die Region verlassen, wenn sie für sich keine Perspektive sahen. Dazu kam die Abwertung vieler sozialer Berufe, deren Ausbildung in Ost und West zwar nicht vergleichbar war aber deswegen nicht schlechter. Und dann musste auch noch um den Erhalt der Kitas gekämpft werden.

Die Wunden sind auch nach 30 Jahren noch nicht verheilt. Viele Gefühle der 2. Klasse bei Ostdeutschen rühren daher und eine Benachteiligung ist noch immer sichtbar.

Die geringe Teilhabe von Ostdeutschen an einflussreichen Leitungsfunktionen in Politik, Wissenschaft, Kultur um nur einige zu nennen, ist ein Thema, das gerade jetzt wieder auf der Tagesordnung steht.

Das Thema Arbeit nahm schon in der Presseerklärung 1992 einen breiten Raum ein und ist über die Jahre hinweg ein zentrales Thema der ÜPFI geblieben. Ich denke an die Stellungnahmen zu den Arbeitsmarktreformen, zu den Auswirkungen der politischen Entscheidungen auf die Lebensentwürfe von Frauen bis hin zu

grundsätzlichen Fragen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, der Bewertung und der Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit. Was ist Leistung.? fragte die ÜPFI

Die Benachteiligung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt lässt sich messen. Wenn ich „gender pay gap“ sage oder Entgeltgleichheit, wissen Sie, dass es um die Lücke zwischen Einkommen von Männern und Frauen geht, ein Dauerthema und es geht mit der Angleichung nur sehr langsam voran.

Wenn ich mir die letzten Zahlen des statistischen Bundesamtes vom März 22 ansehe, dann verdienen Frauen 2021 in Deutschland noch immer 18% weniger als Männer. In Ostdeutschland fiel der gender pay gap mit 6% deutlich geringer aus. Wir wissen um die Unterbewertung der frauentypischen Berufe, vor allem in Sorge am Menschen. Wir wissen um die noch immer bestehenden Probleme bei der Vereinbarkeit.

Vorige Woche hat die Berliner Zeitung eine Studie des Familienministerium vorgestellt, die Erwerbsmodelle in Paarfamilien in Ost und West verglichen hat. Es zeigt sich, dass sich die hohe Erwerbsneigung der ostdeutschen Frauen vererbt hat. Sehr interessant ist dass , z.B bei der als ideal angesehenen Arbeitszeit für Mütter mit einem 2-jährigen Kind im Osten 21% für Vollzeit und 42% für vollzeitnahe Teilzeit sind und nur 3% sind für nicht arbeiten,

Im Vergleich nennen im Westen nur 5%Vollzeit und 9% vollzeitnahe Teilzeit als ideal und 18% keine Erwerbsarbeit.

Bei der Realisierung der Vorstellungen von Eltern in Paarfamilien mit minderjährigen Kindern: beide Vollzeit: Ost 34%, West 14%.

In der Tendenz nähern sich die Erwerbsmodelle an.

Die Lohnlücke setzt sich in der Rentenlücke fort. Frauen bekommen halb so viel Rente wie Männer!

Und wenn wir uns die Verteilung der Care-Arbeit ansehen, dann wissen wir, wo die meiste Arbeit geleistet wird. 52% leisten Frauen mehr.

Ja, von einer geschlechtergerechten Gesellschaft sind wir noch ein gutes Stück entfernt.

Wir leben in einer Zeit, in der Chancengerechtigkeit infrage gestellt wird.

Antifeministische Meinungen werden offen von Rechtspopulisten vertreten.

Und die Gender-Debatte nervt ohne Ende. Die meisten Beiträge sind an Ignoranz und Häme nicht zu unterbieten. Gender-Forschung ist überflüssig,

Gleichstellungsgesetze und -beauftragte lächerlich. Am besten kann man Mann sich noch über geschlechtergerechte Sprache erregen, sogar ansonsten vernünftige Menschen tun das gelegentlich.

Dabei gibt es reichlich Studien, die den Sinn der Ansprache der Geschlechter belegen. Es ist ganz einfach zu verstehen.

Wieweit Geschlechtergerechtigkeit in einer Gesellschaft umgesetzt ist, sagt etwas über die demokratische Verfassung aus. Gleichstellung ist ein Verfassungsauftrag.

Wir erleben zur Zeit eine Verächtlichmachung der Demokratie und ihrer Institutionen vom rechten Rand der Gesellschaft und die Versuche, Frauenrechte zurückzudrehen gehören ins Programm. Das macht mir Sorge.

Wir erleben Versuche der Retraditionalisierung der Geschlechterrollenerleben, die Pandemie begünstigte diese Entwicklung.

Wie sieht es jetzt eigentlich mit der gerechten Teilhabe von Frauen an politischen Ämtern aus. Schlecht!!

Sie kennen die Zahlen alle. Im Bundestag sind jetzt 35% Frauen vertreten.

Nur Parteien mit einer verbindlichen Quotenregelung sind über 50%, die SPD bei 42%. Bei CDU und FDP liegt der Anteile der weiblichen Abgeordneten unter 25%, bei der AFD bei 13%.

Mit der Freiwilligkeit scheint es nicht zu klappen, die CDU macht eine neuen Anlauf zur Quote – schauen wir mal..

Den Zustand zu beklagen und auf Einsicht hoffen, bringt uns nicht weiter. Besser ist es, das Thema Paritätsgesetz nach dem ersten missglückten Anläufen in Brandenburg und Thüringen neu aufzugreifen. Die Wahlrechtsreform ist noch nicht vom Tisch. Das Urteil vom BVerfG vom Februar 21 besagt in seiner Begründung, dass Paritätsgesetze grundsätzlich ein legitimes Mittel sein können, um den Gleichstellungsauftrag nach dem Grundgesetz bei der Gestaltung des Wahlrechts nachzukommen. Ich beziehe mich auf eine Stellungnahme des Deutschen Frauenrates. Meines Wissens gibt es Arbeiten für neue Anläufe.

Das braucht natürlich ein breites Bündnis aller Frauen. Ich denke, die ÜPFI ist wieder dabei.

Sie ist auch bei den vielen anderen frauenpolitischen Themen dabei, die ich nicht ansprechen konnte, bei den praktischen Hilfen zur Verbesserung prekärer Lebenssituationen von Frauen, ich denke an das Engagement für wohnungs- und obdachlose Frauen. Sie sieht über den Tellerrand und ist in Kontakt mit europäischen Frauen.

Anrede,

Uns alle bewegt auch an diesem Abend der furchtbare sinnlose Krieg in der Ukraine, für den es keine Rechtfertigung gibt.

Immer mehr Berichte erreichen uns aus der Ukraine über sexuelle Gewalttaten russischer Soldaten an der Zivilbevölkerung: Vergewaltigungen.

Seit jeher ist die Vergewaltigung von Frauen eine Methode der Kriegsführung, wir denken sofort an die bosnischen Frauen.

Auf der Flucht und auch im Ankunftsland setzt sich die Gefahr fort – sexuelle Nötigung, Zwangsprostitution usw.

Die wenigsten Täter werden zur Rechenschaft gezogen. Und Frauen bekommen kaum Hilfe, um das Geschehene aufzuarbeiten. Was ist mit Frauen, die nach einer

Vergewaltigung schwanger sind und in Polen Zuflucht gefunden haben, aber keine Abtreibung bekommen können.

Das muss sich ändern.

Seit 2008 ist die Vergewaltigung von Frauen in Zeiten des Krieges von der UN als Kriegsverbrechen eingestuft worden. Lange bestand schon die Forderung, jetzt ist Strafverfolgung möglich. Die sollte nun mit allem Nachdruck erfolgen.

Wir sollten uns stark machen für ein Sondertribunal.

Die sexuelle Gewalt darf nicht als Begleiterscheinung eines Krieges angesehen werden, die eben hingenommen wird.

Sexuelle Gewalt muss bei allen politischen Diskussionen auf die Agenda.

Gut, dass wir eine Außenministerin haben, die sich für eine feministische Außenpolitik stark macht.

Das musste ich jetzt noch loswerden, verfolgt uns das Geschehen doch täglich.

Aber jetzt ist Zeit zu danken der ÜPFI und allen Unterstützerinnen und Unterstützern der überparteilichen Frauenarbeit für 30 Jahre Einsatz für eine geschlechtergerechte Gesellschaft.

Herzlichen Glückwunsch und viel Kraft für die nächsten 30 Jahre.